

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
28.März 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
 - 3.3 Vereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister und der
Stadtverordnetenversammlung über die Einrichtung einer Schlichtungsstelle und
die einvernehmliche Regulierung von streitigen Akteneinsichts- und
Auskunftsansprüchen von Stadtverordneten
Vorlage: 11/SVV/0892
Oberbürgermeister
 - 3.4 Städtische Beteiligungen
 - 3.4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH
Vorlage: 11/SVV/0997
Fraktion DIE LINKE
 - 3.4.2 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH
(EWP)
Vorlage: 12/SVV/0045
Oberbürgermeister
 - 3.4.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
mit zwei Änderungsanträgen der Fraktion FDP
 - 3.4.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012

- 3.5 Gedenkstätte Lindenstraße
 - 3.5.1 Konzeption der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert
Vorlage: 11/SVV/0947
Oberbürgermeister
 - 3.5.2 Museum Lindenstraße 54/55
Vorlage: 11/SVV/0623
Fraktion BürgerBündnis
 - 3.5.3 Potsdam Museum Lindenstraße 54
Vorlage: 11/SVV/0861
Fraktion DIE LINKE
- 3.6 Freiwillige zweckgebundenen Tourismusabgabe für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0181
Fraktion SPD
- 3.7 Turm der Garnisonkirche einrücken
Vorlage: 12/SVV/0126
Fraktion DIE LINKE
- 3.8 Verschiebung Rückbau Breite Straße
Vorlage: 12/SVV/0140
Fraktion Die Andere
- 3.9 Änderung der Geschäftsordnung - Große Anfragen
Vorlage: 12/SVV/0154
Fraktion FDP
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Übersicht Petitionen 2011
Vorlage: 12/SVV/0175
Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement
 - 4.2 Bericht zum Kuratorium Stiftung Garnisonkirche
Vorlage: 12/SVV/0174
Oberbürgermeister
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.März 2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, das Thema „Bürgerbefragung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam“ noch einmal aufzurufen und die Frage der Geothermie zu diskutieren. Dies solle als erster Punkt erfolgen, da Herr Böhme von der EWP anwesend ist, aber anschließend noch einen weiteren Termin hat.

Im Weiteren sollten **zurückgestellt** werden:

- Tagesordnungspunkt 3.1 - Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten, DS 11/SVV/0825 – da seitens des Archiv e. V. noch Bedenkzeit erbeten worden sei
- Tagesordnungspunkt 3.2 - Pachtzins für alternative Wohnprojekte, DS 11/SVV/0874, da die Gespräche zwischen der Pro Potsdam und Vertretern der alternativen Wohnprojekte noch nicht abgeschlossen seien,
- Tagesordnungspunkt 3.4 – städtische Beteiligungen, soll in der Sitzung am 25.04.12 wieder aufgerufen werden, nachdem Vertreter der E.ON Edis AG zur Änderung der Gesellschaftsverträge angehört werden sollen

Unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ wolle er den Sachstand zur beanstandeten Straßenreinigungssatzung nach dem Gespräch bei der Kommunalaufsicht sowie die weitere Verfahrensweise mit den Mitgliedern des Hauptausschusses besprechen.

Der Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ könne gestrichen werden, da keine Anmeldungen gemäß der getroffenen Vereinbarung eingegangen seien.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, den Tagesordnungspunkt 3.1. nur bis zur Sitzung am 25.04.2012 zurückzustellen, um mit der Behandlung der Haushaltssatzung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. Mai 2012 auch die Beschlussfassung über alle Bürgerhaushaltsvorschläge zu ermöglichen. Bezüglich des Punktes „Sonstiges“ erinnert er an die Zusage des Oberbürgermeisters in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über die 110-KV-Leitung und den Schäferweg zu berichten.

Im Weiteren schlägt Herr Heuer vor, den Tagesordnungspunkt 3.6 - Freiwillige zweckgebundenen Tourismusabgabe für die Landeshauptstadt Potsdam, DS 12/SVV/0181, ebenfalls **zurückzustellen**, da weder Herr Frerichs als Fachmann

der Verwaltung, noch Herr Schubert als Fachmann der Fraktion anwesend sind.

Herr von der Osten-Sacken bittet, den Tagesordnungspunkt 3.9 **zurückzustellen** – auf Nachfrage von Frau B. Müller soll dies in 4 Wochen wieder aufgerufen werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 68. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 29. März 2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

neu **Bürgerbefragung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam hier: Geothermie**

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die dazu in der Stadtverordnetenversammlung geführte schwierige Diskussion und bezüglich der Geothermie auf die erfolgte Prüfung im Bornstedter Feld und die prinzipielle Möglichkeit für den Brauhausberg, die aber nicht geprüft sei. Er schlägt im Einverständnis mit den Antragstellern vor, den Begleitzettel so zu gestalten, dass beim Bornstedter Feld stehe „geprüft“ und beim Brauhausberg „nicht geprüft“.

Herr Schüler spricht sich für eine Aufnahme dieses Kriteriums in das Begleitschreiben aus, aber in der korrekten Darstellung, dass eine geothermische Nutzung am Standort Bornstedter Feld möglich erscheine, am Brauhausberg aber nicht geprüft sei.

Frau Bankwitz führt aus, dass sie sich über die Aussage des Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung gewundert habe, denn Geothermie sei fast überall in Potsdam möglich. Sie führt aus, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 04.04.2012 auf einer Fehlinformation beruhe; eine Verklammerung des Themas solle nur für Verwirrung sorgen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er es von vornherein als problematisch empfinde, per Mehrheitsbeschluss Kriterien in die Abstimmung mit aufzunehmen. Da die Nutzung der Geothermie an beiden Standorten möglich ist, sei das für den einen oder anderen nicht uninteressant, könne aber auch wegbleiben.

Herr Schüler erinnert daran, dass mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht beliebig umgegangen werden könne. Die Aufnahme des Kriteriums „Geothermie“ sei beschlossen. Mag sein, dass dies unter falschen Voraussetzungen erfolgte, aber eine Aufhebung sei nur in der Stadtverordnetenversammlung möglich. Gehe das nicht, müsse man sich daran halten – aber in korrekter Weise. Er spricht sich dafür aus, dass nur geprüfte Kriterien in die Erläuterung sollen.

Frau Bankwitz plädiert für eine klare, deutliche und einfache Strukturierung des Begleitschreibens, das für den Bürger verständlich sei, denn sonst führe man ihn auf's Glatteis. Sie fragt, ob es eine Rückkopplung mit dem Landesamt für Geologie gegeben habe, um das Anliegen zu prüfen und warum der Brauhausberg nicht auf Geothermie geprüft wurde.

Der Oberbürgermeister erinnert daran, dass es nur um das Begleitschreiben gehe und nicht um den Fragebogen selbst. Er schlägt vor, Herrn Böhme über den Sachverhalt „Geothermie in Potsdam“ berichten zu lassen.

Herr Böhme erläutert, dass auf Grund eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung die Frage der Geothermie im Bornstedter Feld geprüft und über das Ergebnis im Hauptausschuss berichtet worden sei. 10 bis 12 Millionen Euro an Investitionskosten wären notwendig, um eine so genannte Tiefengeothermie nutzen zu können - davon wären nur rund 1,5 bis 1,6 Millionen Euro förderfähig, weshalb diese Variante verworfen worden sei. Er führt im Weiteren aus, dass Oberflächengeothermie zwar prinzipiell an beiden Standorten möglich sei, das Problem aber in einer Versalzung des Trinkwassers liege. Deshalb sei Potsdam 1998 flächendeckend an 6 Standorten (Bornstedter Feld, Waldstadt 1, Steinstraße, Potsdam West, Medienstadt und Zentrum Ost) bezüglich der Aquifertechnik geprüft worden. Als besonders geeignet erwiesen sich das Bornstedter Feld, Zentrum Ost und Medienstadt Babelsberg, wo eine Anbindung auch ohne leitungstechnischen Aufwand möglich sei.

Auf die Nachfrage von Herrn Schultheiß, ob es möglich sei, Wärme aus dem Wasser der Havel für das Vorhaben zu nutzen, entgegnet er, dass dies nicht untersucht wurde – allerdings seien die Wärmepumpen so genannte „Stromfresser“.

Im Lauf der Diskussion fasst der Oberbürgermeister zusammen, dass Tiefengeothermie technisch zwar möglich, aber aus Kostengründen nicht nutzbar sei. Entweder das Kriterium werde herausgenommen oder es werde die Variante möglich/ nicht möglich gewählt.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen die Aufnahme des Kriteriums in das Begleitschreiben aus, da man den Bürgern etwas Falsches „vorgaukele“, nämlich dass der Badneubau mit der Geothermie verbunden sei. Für später sei das sicher eine Option.

Herr Heuer fragt nach, warum der Standort Brauhausberg nicht geprüft wurde. Dies, so Herr Böhme, erkläre sich damit, dass 1998 die Badfrage so nicht stand und die Prüfung mit den bestehenden Leitungssystemen verknüpft wurde und zweitens es die Forderung aus der Stadtverordnetenversammlung gegeben habe, den Standort Bornstedter Feld im Zusammenhang mit dem Badneubau zu prüfen .

Herr Dr. Wegewitz betont, dass der Hauptausschuss formal den Beschluss nicht aufheben könne und spricht sich für eine so exakt wie mögliche Variante aus. Deshalb solle bei der Erläuterung des Standortes Bornstedter Feld zum Kriterium Geothermie „Aquiferspeicher“ möglich und beim Standort Brauhausberg „nicht geprüft“ stehen.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass eine Anbindung des Brauhausberges über das Zentrum Ost problemlos möglich sei, das zeige die Schwierigkeit in der Darstellung, so dass er für eine Streichung des Kriteriums plädiere, schließlich sei der Hauptausschuss ein Beschlussgremium.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass es zwei Varianten für die Abstimmung gebe – zum einen die Streichung des Kriteriums und zum anderen die von Herrn Dr. Wegewitz vorgeschlagene Variante. Auf Hinweis von Frau B. Müller, dass die Streichung die weitergehende Variante sei, stellt der Oberbürgermeister diese zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	2

Damit wird das Kriterium Geothermie aus dem Begleitschreiben herausgenommen.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten**

Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)

zurückgestellt

zu 3.2 **Pachtzins für alternative Wohnprojekte**

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

zurückgestellt

zu 3.3 **Vereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung über die Einrichtung einer Schlichtungsstelle und die einvernehmliche Regulierung von streitigen Akteneinsichts- und Auskunftsansprüchen von Stadtverordneten**

Vorlage: 11/SVV/0892

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf den zum Thema Akteneinsicht durchgeführten Workshop und die in diesem Zusammenhang aufgeworfene Frage, wie eine Einigung vor einem gerichtlichen Verfahren erfolgen könne. Im Ergebnis sei die Vereinbarung vorgelegt worden, die aber keinen davon abhalten solle, den gerichtlichen Weg zu gehen.

In der Diskussion habe sich gezeigt, dass es andere Vorstellungen von der personellen Besetzung der Schlichtungsstelle gebe – Änderungsvorschläge der Fraktionen kenne er jedoch nicht.

Frau Dr. Müller betont, dass kein diesbezüglicher Auftrag an die Fraktionen ergangen sei, sondern die Verwaltung eine andere personelle Besetzung vorschlagen sollte.

Herr Schüler betont, dass er in der letzten Sitzung des Hauptausschusses versucht habe deutlich zu machen, worum es gehe. Wer mit dem unterbreiteten Vorschlag nicht einverstanden sei und meine, dies sollten andere Personen machen, müsse einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Da das nicht geschehen ist, halte er auch ohne Beschlussfassung über diese Vereinbarung sein Angebot der Schlichtung aufrecht, für die, die das annehmen wollen. Dem schließt sich der Oberbürgermeister an und **zieht** die Vorlage **zurück**. Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.4 **Städtische Beteiligungen**

zu 3.4.1 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH**

Vorlage: 11/SVV/0997

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.4.2 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)

Vorlage: 12/SVV/0045

Oberbürgermeister

zurückgestellt

zu 3.4.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
mit zwei Änderungsanträgen der Fraktion FDP

zurückgestellt

zu 3.4.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012

zurückgestellt

zu 3.5 Gedenkstätte Lindenstraße

zu 3.5.1 Konzeption der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert

Vorlage: 11/SVV/0947

Oberbürgermeister

Herr Jetschmanegg erläutert den Sachstand und verweist in seinen Ausführungen auf die Sitzung des Ausschusses für Kultur am 22. März 2012, in der sich mit diesem Thema befasst wurde. Im Ergebnis wurden die diesbezüglichen Anträge so lange zurückgestellt, bis einerseits ein Hearing mit Vereinen und Verbänden zur inhaltlichen Ausrichtung des Konzepts der Gedenkstätte vor der Sommerpause stattgefunden hat und die Thematik der künftigen Trägerschaft (Gründung einer Stiftung) im September beraten wurde.

Frau Dr. Schröter ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass es eine Reihe von Anregungen und Vorschlägen zu einem im Ausschuss für Kultur ausgereichten Papier gegeben habe, die im Workshop zu „regeln“ seien. Im Weiteren fragt sie nach der weiteren Verfahrensweise bezüglich der personellen Vorbereitungen. Dem schließt sich Frau B. Müller an und fragt, ob Frau Schnell bereits benannt sei. Herr Jetschmanegg entgegnet, dass bislang Mitarbeiter des Potsdam-Museums die Arbeit „mitgemacht“ hätten und die Übernahme der Gedenkstätte Anfang des Jahres durch das Büro des Oberbürgermeisters ohne Personal erfolgte. Er betont, dass sich die Stadt mit dem Land darüber einig sei, jemanden zu brauchen, der die gute Arbeit weiterführt. Deshalb sei mit Frau Schnell ein auf zwei Jahre befristeter Vertrag abgeschlossen worden. Gleichzeitig wurde die Betreuung der Ausstellung in der NS-Zeit ausgeschrieben und soll für

ein Jahr befristet besetzt werden. Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter, welche Qualifikation für diese Stelle abverlangt werde, verweist Herr Jetschmanegg darauf, dass es eine wissenschaftliche Stelle sei.

Auf die Anmerkung von Frau Bankwitz, dass sich das Land zur Hälfte an den Kosten beteilige und die Nachfrage, ob der Stadt Geld verloren gehen, wenn sie sich mit der Besetzung der Stellen Zeit lasse, bejaht Herr Jetschmanegg grundsätzlich. Er verweist aber gleichzeitig darauf, dass die Personalkosten nur ein Drittel an den Gesamtkosten betragen und die Miet- sowie Sachkosten von Anfang an aufgeteilt wurden. Auf die Nachfrage von Herrn Sändig, bis wann die Honorarstelle befristet sei, betont Herr Jetschmanegg, dass es sich hier um eine Festanstellung handele, die auf zwei Jahre befristet sei.

Der Oberbürgermeister fasst abschließend zusammen, dass sich der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 20.06.2012 mit dem Konzept befassen werde und im September mit der Stiftungs konstruktion.

Die Mitteilungsvorlage wird zur **Kenntnis genommen**.

zu 3.5.2 Museum Lindenstraße 54/55

Vorlage: 11/SVV/0623

Fraktion BürgerBündnis

zurückgestellt

zu 3.5.3 Potsdam Museum Lindenstraße 54

Vorlage: 11/SVV/0861

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.6 Freiwillige zweckgebundenen Tourismusabgabe für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0181

Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 3.7 Turm der Garnisonkirche einrücken

Vorlage: 12/SVV/0126

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage mit Hinweis auf die bisher diskutierten Fragen und Bezugspunkte, wie die Lage der Fundamente, ein. Da es jetzt eine Veröffentlichung darüber gegeben habe, dass die alten Fundamente des Turms nicht genutzt werden können, wolle die Fraktion das Thema erneut aufrufen.

Herr Klipp führt dazu aus, dass die Verwaltung diese Anträge für keine gute Idee halte. Wenn es einen Aufbau der Garnisonkirche geben solle, dann an der historischen Stelle. Außerdem sei die Stadt auch nicht ungebunden, denn es gebe einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur behutsamen

Annäherung an das historische Stadtbild sowie einen B-Plan Nr. 1, in dem die Lage des Turms exakt beschrieben sei. Das Sanierungsziel, die städtebaulichen Missstände zu beseitigen, bleibe ebenfalls bestehen, so dass er die Ablehnung der Anträge empfehle.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er nicht die Diskussion und Beschlussfassung aus dem Jahr 1990 meine, die 1992 noch einmal konkretisiert worden sei, sondern die aus dem Jahr 2002. Eine Diskussion sollte schon deshalb möglich sein, weil der alte Standort der Bezugspunkt bleibe und keine Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung verletzt würden; außerdem habe es diesbezüglich noch keine Investitionen gegeben.

Herr Sändig führt aus, dass er sehr erstaunt über die Diskussion und den Wiederaufbau der Garnisonkirche sei, denn weder Land noch Kirche geben dafür Geld und auch die Stadt sei durch Beschluss der Stadtverordneten daran gehindert. Darüber hinaus sei die Spendenbereitschaft auch eher dürrig und damit die Frage der Finanzierung gar nicht geklärt, so dass der Ausgangspunkt der Diskussion an der finanziellen Realität vorbeigehe. Er meine, die Fraktion DIE LINKE hätte gegen den Beitritt der Stadt zur Stiftung stimmen können, das habe sie nicht getan und wolle jetzt „den Schaden begrenzen“.

Herr Heuer äußert, dass es sich hier um zwei gegensätzliche Anträge handle, die ihre Zielstellung an der Straßenführung festmachen würden. Herr Klipp erläutert im Weiteren die Verkehrsführung und das Stadtentwicklungskonzept Verkehr und unterstreicht die jetzt fehlenden Angebote für Fußgänger und Radfahrer. Im Rahmen des Umbaus der Breiten Straße sollen die beiden Fahrspuren erhalten bleiben, der Abzweig Dortustraße geringfügig zurückgebaut sowie Bäume gepflanzt und Grünanlagen angelegt werden. Die Abwicklung der Verkehrsströme bleibe gesichert. Er betont nochmals, dass die Stadt bezüglich der Sanierungsziele nicht wahlfrei sei, sondern verpflichtet, diese zügig umzusetzen. Auf die Anmerkung von Herrn Sändig, dass kein Rückbau notwendig sei, weil das Bauwerk noch gar nicht stehe und der Aufbau nicht gesichert sei, verweist Herr Klipp nochmals darauf, dass dies im B-Plan Nr. 1 enthalten sei. Daran ändere auch die vorhandene Skepsis nichts, dass das Geld für den Wiederaufbau nicht zusammenkommt. Entsprechende Änderungen des B-Planes bedürfen eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung.

Im Weiteren beantwortet der Oberbürgermeister die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie lange die Grundstücksübertragung gelte und betont, dass es keine konkreten Fristen gebe, aber eine Klausel, dass das Grundstück an die Stadt zurückfällt, wenn der Zweck der Grundstücksübertragung nicht erfüllt werde.

Herr Dr. Wegewitz führt aus, dass eine Zustimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE den Aufbau des Kirchenschiffes verhindern würde.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich im Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche dafür einzusetzen, dass der geplante Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche nicht genau auf dem originalen Standort erfolgt, sondern in die jetzige Straßenflucht eingeordnet wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 11

Stimmenthaltung: 1

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.8 Verschiebung Rückbau Breite Straße

Vorlage: 12/SVV/0140

Fraktion Die Andere

Der Oberbürgermeister informiert, dass dieser Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen und dort abgelehnt wurde. Außerdem wurde der Antrag in den Ausschuss für Finanzen überwiesen, der diesen in der Sitzung am 18.04.2012 behandeln werde. Da das Anliegen mit der DS 12/SVV/0126 bereits diskutiert worden sei, schlägt er eine Abstimmung ohne Votum des Ausschusses für Finanzen vor.

Da sich dagegen kein Widerspruch erhebt, stellt er den Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Der geplante Umbau der Breiten Straße wird solange ausgesetzt, bis ein tragfähiges Finanzierungskonzept für den Wiederaufbau der Garnisonkirche durch die Stiftung Garnisonkirche vorgelegt, geprüft und verbürgt ist, welches den Wiederaufbau innerhalb einer üblichen Bauzeit von maximal zwei Jahren sicherstellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 11

Stimmenthaltung: 1

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.9 Änderung der Geschäftsordnung - Große Anfragen

Vorlage: 12/SVV/0154

Fraktion FDP

zurückgestellt bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 09.05.2012

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Übersicht Petitionen 2011

Vorlage: 12/SVV/0175

Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Bericht zum Kuratorium Stiftung Garnisonkirche

Vorlage: 12/SVV/0174

Oberbürgermeister

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg sagt der Oberbürgermeister zu, jährlich eine Information zum Sachstand zu geben. Anschließend wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

neu

Straßenreinigung / Anhörung am 21.03.2012 im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf die Gespräche bei der Kommunalaufsicht im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg am 21.03.2012 zu den Beanstandungen der Straßenreinigungssatzung (technische Satzung) und der Straßenreinigungsgebührensatzung 2012. Er bittet um eine Verständigung, um zu einer einheitlichen Verfahrensweise zu kommen, da es unterschiedliche Erinnerungen zu geben scheint.

In ihren Ausführungen erläutert Frau Kluge die drei erörterten Verfahrensvorschläge mit folgendem Inhalt:

- (1) Die Satzungen 2012 werden, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, beschlossen. Für 2013 wird eine Satzung vorbereitet, die maschinelle Reinigungsklassen vorsieht. Dafür werden Kriterien für eine Systematik festgelegt und auf dieser Basis Verhandlungen mit der STEP geführt, um eine entsprechende Kalkulation der Gebühren vornehmen zu können. Die Beschlüsse der SVV wären aufzuheben und die Beanstandungen durch den OBM zurückzunehmen.
- (2) Die Straßenreinigungssatzung 2011 behält auch für 2012 ihre Gültigkeit. Die Gebühren müssen jedoch auf der Grundlage der jetzigen Preisstruktur (Pauschalpreis) neu kalkuliert und beschlossen werden. Die bereits gefassten Beschlüsse wären durch die SVV aufzuheben und die Beanstandungen durch den OBM zurückzunehmen. Für das Jahr 2013 ist wie beim Vorschlag 1 vorzugehen.
- (3) Die Straßenreinigungssatzung für 2012 wird mit den Änderungen gemäß der beanstandeten Beschlüsse beschlossen. Die Gebühren werden nach jetziger Preisstruktur kalkuliert und beschlossen. Die Beschlüsse bezüglich der Gebührensatzung sind durch die SVV aufzuheben und die Beanstandung durch den OBM zurückzunehmen. Für das Jahr 2013 ist wie beim Vorschlag 1 vorzugehen.

Die Vorschläge sollten in den Fraktionen beraten und über das Ergebnis berichtet werden.

Herr Schüler führt dazu aus, dass im Ergebnis des Gesprächs im Ministerium des Innern klar festgestellt worden sei, dass erstens – differenziert werden dürfe, zweitens – unterschiedliche Gebühren erhoben werden dürfen, wenn unterschiedliche Preise gezahlt werden, drittens – 2013 eine Anpassung und viertens – zum Umgang mit der Satzung für 2012 eine Verständigung der Fraktionen erfolgen solle. Damit sei die Beanstandung des Oberbürgermeisters unbegründet und der erste Schritt liege nun beim Oberbürgermeister, diese zurückzunehmen. Die Straßenreinigungssatzung 2011 solle auch 2012 fortbestehen unter der Maßgabe der Anpassung der Gebührensatzung.

Frau Kluge gibt zu bedenken, dass mit einer Rücknahme der Beanstandung des Oberbürgermeisters der von der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschluss sofort wirksam sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es bereits im November 2011 für den Oberbürgermeister absehbar gewesen sei, dass die

Stadtverordnetenversammlung dem Vorschlag der Verwaltung nicht folgen werde, so dass sich die Verwaltung hätte Gedanken machen müssen über eine Anpassung der Kalkulation. Da dies nicht erfolgt sei, sind 4 Monate verloren gegangen und nun stelle sich heraus – die Stadtverordnetenversammlung hatte recht. Bei dem von Herrn Schüler unterbreiteten Vorschlag zahle der Bürger mehr und damit seien die Stadtverordneten die „Bösen“. Er plädiere dafür, dieses Jahr als Übergangsjahr zu betrachten und für das nächste Jahr eine ordentliche Satzung zu erarbeiten. Dem schließt sich Herr Rietz an und betont, dass die Kommunalaufsicht bis zum 20.04.2012 reagieren müsse und wenn die Stadt bis dahin keine Entscheidung getroffen habe, ihr „ins Stammbuch“ geschrieben werde, dass zu Unrecht beanstandet worden sei. Der Hauptausschuss könne aber die Straßenreinigungssatzung nicht aufheben, so dass nur Variante 2 möglich sei. Bezüglich der Straßenreinigungsgebührensatzung bleibe die Möglichkeit der Beratung im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und der Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung, weil diese später beanstandet wurde.

Herr von der Osten-Sacken fordert dazu auf, Schuldzuweisungen zu unterlassen. Jetzt stehe fest, dass eine Reinigungsklasse 2 möglich, diese aber im Augenblick nicht mit Gebühren belegt sei. Deshalb müsse eine neue Straßenreinigungsgebührensatzung auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten auf kürzestem Wege vorgelegt werden.

Dem schließt sich Herr Heuer an und betont, dass nur die Rücknahme der Beanstandung bleibe, da bis zum 20.04.2012 keine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mehr stattfinde. Auch er plädiert für eine plausible und nachvollziehbare Gebührensatzung.

Herr Schüler führt aus, dass die im Dezember 2011 beschlossene Straßenreinigungssatzung mangels einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Kraft gesetzt werden solle – mit der Folge, dass die Gebühren getrennt nach Geltungszeiträumen abgerechnet werden.

Dem entgegnet Frau Kluge, dass die Straßenreinigungssatzung aus dem Jahr 2011 weiter gelte, weil es dem Beschluss aus dem Dezember 2011 laut Kommunalaufsicht an Bestimmtheit fehle. Entsprechend dieses Beschlusses hätte die Verwaltung weiter prüfen und das Ergebnis zum Beschluss erheben müssen, was aber auf Grund der Beanstandung nicht erfolgt sei.

Herr Heuer verweist darauf, dass die in der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Änderung beinhalte, die Reinigung wie 2011 fortzuführen. Er schlägt vor, das Ministerium des Innern zu bitten, die Entscheidung bis nach der nächsten ordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zurückzustellen.

Im Ergebnis der Diskussion sagt der Oberbürgermeister zu, den Fraktionen bis Montag einen Vorschlag der Verwaltung zu übergeben, der in den Sitzungen beraten werden solle. Inhalt werde sein, dass die Satzung aus dem Jahr 2011 weiter gelte und eine neue Gebührenkalkulation auf der Grundlage der tatsächlichen Preise erstellt werde – die „falschen Satzungen“ seien aufzuheben.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5

Sonstiges

110-kV-Freileitung

Herr Klipp informiert, dass die Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zum Planfeststellungsverfahren Ersatzneubau der 110-kV-Freileitung Wustermark – Geltow an das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe mit Schreiben vom 30. März ergangen sei. Auf Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg sagt er zu, diese per Mail an die Fraktionen weiterzuleiten.

Im Weiteren spricht sich Herr Dr. Scharfenberg dafür aus, über die Aktivitäten der Stadt öffentlich zu informieren.

Schäferweg

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zur Umsetzung des Beschlusses DS-Nr.: 12/SVV/0151 in Absprache und Übereinstimmung mit der Garagengemeinschaft „Am Stern – Schäferweg e.V.“, den Durchgang zwischen den Straßen Turmstraße und Schäferweg als öffentlichen Weg zu widmen, antwortet Frau Krusemark. Die Dienstbarkeit einzustellen sei nur in Einigung mit dem Eigentümer möglich; der Bereich Recht und Grundstücksmanagement sei mit diesen im Gespräch und werde im Juni darüber berichten.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass die Eigentümer darauf warten, dass die Stadt auf sie zukomme.